

Zizanie autour de la traite des êtres humains

Pour une fois, le ministre de la Justice s'est retrouvé dans l'embarras: lors d'une récente réunion de la commission parlementaire de la Justice, il devait rendre compte des conclusions d'un groupe de travail interministériel qui palabre depuis plusieurs mois. Son objectif: élaborer des propositions concrètes en matière de "traite des êtres humains" à soumettre au Conseil de Gouvernement. Mais ce groupe, auquel participaient notamment des représentant-e-s du ministère des Classes moyennes, du Travail ainsi que de la Promotion féminine n'a pas trouvé d'accord. Face aux chiffres toujours en hausse des autorisations de séjour pour "artistes" de cabaret (1.309 premières entrées en 2003), trois solutions seraient possibles selon Luc Frieden: reconnaître le lien de subordination entre cabaretier et artiste - et par là instaurer un contrat de travail - ce qui reviendrait selon lui à une ouverture encore plus grande; donner une base légale à la pratique administrative actuelle des autorisations de séjour spéciales; ou bien abolir ces autorisations, en courant le risque que les entrées se feroient illégalement. L'échec du groupe de travail à s'aligner sur une des trois positions pourrait traduire des optiques politiques incompatibles: le ministère des classes moyennes est connu pour son attitude plutôt laxiste en matière de cabaretage et de proxénétisme, tandis que le ministre de la Justice se trouve sous pression internationale: le Luxembourg est un des derniers pays en Europe à délivrer de telles autorisations de séjour spéciales.

Médias: liberté conditionnelle

Le Conseil d'Etat vient de rendre son deuxième avis complémentaire au sujet du projet de loi sur la liberté d'expression dans les médias. Avant que le texte n'arrive fin avril dans la dernière ligne droite - rapport en commission puis discussion et vote en plénière - il reste un dernier obstacle à passer: la question de la procédure à suivre par les journalistes vis-à-vis de personnes qui sont concernées par une information précise. Sur suggestion des associations de journalistes et d'éditeurs, la commission parlementaire avait retiré du projet de loi un bout de phrase rendant obligatoires, avant la communication au public, des vérifications de la part du/de la journaliste. En effet, il est peu réaliste dans la pratique d'exiger que, pour chaque information concernant une personne précise, les journalistes se mettent à téléphoner à celle-ci en vue d'obtenir une prise de position. Le Conseil d'Etat revient maintenant à la charge en précisant qu'il ne s'agit pas d'une "obligation d'obtenir la prise de position dont question, mais de les contraindre à la solliciter". Il est à prévoir que la commission passera outre cette réticence du Conseil d'Etat, qui semble compter plus de victimes de mauvaise presse que de journalistes.

Greenpeace blockiert Patentamt

Rund 100 AktivistInnen blockierten am Montag die Eingangstüren des Europäischen Patentamtes in München mit Steinen und Eisblöcken, in denen Puppen eingefroren waren. Ziel des Protestes: das so genannte "Baby Patent" EP 1121015 "Methode zur Vitrifikation eines biologischen Specimen", das im November 2003 vom Patentamt erteilt wurde. Dieses Patent umfasst Embryonen jeglicher Spezies und schließt auch menschliche Eizellen, Sperma und Embryonen ein, die nach einem bestimmten Verfahren tiefgekühlt und im Rahmen der künstlichen Befruchtung verwendet werden. Mit diesem Patent habe die europäische Behörde ein Präzedenzfall geschaffen, zum ersten Mal werde menschliches Leben patentiert, so Greenpeace in einer Pressemitteilung. Menschliche Embryonen würden im Text des Patentes ausdrücklich denen von Rindern und Nagetieren gleichgesetzt.

Die Regierung will die Asylprozedur beschleunigen. Der Asylrechtsexperte François Moyse kritisiert am Gesetzesprojekt des Justizministers vor allem den Wegfall von Rekursmöglichkeiten. Und die Drittstaatenregelung hält er für einen Verstoß gegen internationales Recht.

(Foto: Stephanie Zeiler)



ASYLPOLITIK

Ohne Recht auf Berufung

woxx: *Die luxemburgische Regierung will die Asylprozedur auf maximal ein Jahr verkürzen. Justizminister Luc Frieden hat vergangene Woche dazu ein Gesetzesprojekt vorgestellt. Er setzt auf kürzere Fristen auf der Verwaltungs- und Gerichtsebene. Entzieht man den BewerberInnen damit nicht entscheidende Rechte im Asylverfahren?*

François Moyse: Ich bin ganz sicher. Prinzipiell verstehe ich, dass die Regierung reagieren will, weil es so viele Asylbewerber gibt. Das Anliegen, die Asylprozedur zu verkürzen, leuchtet mir ein. Wenn man dieses Projekt liest, bekommt man jedoch das Gefühl, dass die Schuld für die lange Prozedur allein bei den Asylbewerbern liegt und dass das Anliegen der Regierung darin besteht, die Rechte und Rekursmöglichkeiten zu streichen.

Gibt es überhaupt noch eine Einspruchsmöglichkeit?

Eigentlich nicht mehr, sondern nur noch eine Art Kassation, also die Möglichkeit eines Rekurses wegen eines Formfehlers, aber nicht mehr wegen der Sache selbst. Das finde ich gravierend. In Frankreich gibt es eine so genannte erste Instanz, ein Office de Protection des Réfugiés. Danach kann man vor Gericht Einspruch einlegen. Hier würde jedoch allein das Justizministerium entscheiden. Der erste und einzige Rekurs würde dann beim Verwaltungsgericht liegen. Ohne Recht auf Berufung.

In dem Entwurf ist auch von einem Schnellverfahren die Rede, in dem innerhalb von zwei Monaten über das Schicksal eines Menschen entschieden werden soll.

Das Problem ist, dass man wie gesagt fast keine Möglichkeit mehr hat, dagegen vorzugehen.

Auch der Richtlinienentwurf der Europäischen Union wird von vielen führenden Nichtregierungsorganisationen kritisiert. Vor allem die Drittstaatenregelung ist umstritten. Verstößt sie gegen die Menschen- und Flüchtlingsrechte?

Es ist eindeutig ein Verstoß gegen das internationale Recht, wie es im Genfer Abkommen beschrieben wurde. Die Drittstaatenregelung halte ich für sehr gefährlich. Anstatt die persönliche Situation des Asylbewerbers zu analysieren, ordnet man die Menschen sofort in eine bestimmte Kategorie ein, über die es heißt: Die können keine Asylbewerber sein. So wird hier verfahren, obwohl man weiß, dass sich die Situation in verschiedenen Ländern sehr schnell ändern kann.

Sowohl der luxemburgische Gesetzesentwurf als auch die EU-Direktive wurden von juristischen Fachleuten entwickelt. Wie kommt es dann, dass dieser Entwurf gegen fundamentale Rechte verstößt?

Die Regierungen wollen europaweit etwas gegen die Asylbewerber unternehmen. Es gibt illegale Einwanderer und Schlep-

perbanden. Also versucht die EU mit allen Mitteln die Immigration zu stoppen, indem sie die Thematik standardisiert. Die Organisationen kritisieren, dass das Niveau des Schutzes stark reduziert wird. Mit der Kritik bin ich einverstanden. Das internationale Recht für Ausländer hängt von wenigen Abkommen ab. Wenn einige Regierungen beginnen, dieses Recht anders zu lesen, gibt es aber keine übergeordnete Instanz mehr, die darüber urteilt.

Können Menschen abgeschoben werden, obwohl ihr Verfahren noch läuft?

Bis jetzt war es bereits möglich, zum Beispiel wenn ein Asylantrag in einem anderen EU-Land gestellt worden ist, dann kann der Antragsteller in dieses Land zurückgeschickt werden.

In dem Gesetzesprojekt heißt es auch, dass Verfahren für BewerberInnen negativ enden, wenn sie zum Beispiel nicht zu einem Termin erscheinen.

Sicher gibt es Probleme, wenn jemand nicht erscheint oder nicht aufzufinden ist. Nach dem Gesetzesprojekt scheidet diese Person aus dem Verfahren aus. Dabei kann es jedoch sein, dass sie erkrankt ist oder ein Schreiben von den Behörden tatsächlich nicht erhalten hat. Die Regierung geht davon aus,

dass jeder Asylbewerber versucht, das Verfahren illegal für sich zu benutzen oder zu verzögern. Diese Auffassung, dass es sich um problematische Menschen handelt, finde ich nicht korrekt.

Also im Zweifel gegen den Asylbewerber.

Ja, genau.

Amnesty International kritisiert zudem, dass die unterschiedlichen Bestimmungen für AsylbewerberInnen zwei Klassen von Schutzsuchenden schafft. Wie sehen Sie das?

Problematisch ist, dass es nur die Genfer Flüchtlingskonvention hier in Luxemburg gibt. Andere Möglichkeiten des Schutzes, was man "subsidiary protection" nennt, existieren nicht. Das bedeutet, dass zum Beispiel der Schutz für Menschen, die vor einem Bürgerkrieg fliehen, sehr gering ist.

Die EU-Direktive sieht auch die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung vor. Wie handhabt dies die luxemburgische Regierung?

Lange Zeit wurde die nichtstaatliche Verfolgung von der Regierung nicht akzeptiert. Mittlerweile hat es einige Entscheidungen gegeben, die diese doch vorsieht, aber nur unter gewissen Bedingungen. Zum Beispiel wenn die Betroffenen versucht haben, Schutz bei nationalen Behörden zu bekommen, diese aber nicht im Stande oder Willens waren, zu helfen.

Justizminister Frieden bedauert die lange Verfahrensdauer bei Abschiebungen und setzt auf mehr Personal.

Für mich beschneidet der Entwurf die Rechte der Asylbewerber stark. Die Problematik der Abschiebungen wird dadurch nicht gelöst. Sicher ist es schwierig für die Regierung, Leute wieder wegzuschicken, die ihre Papiere zerstört haben oder die keine Papiere besitzen. Ich verstehe aber nicht, wie das Gesetz dieses Problem lösen sollte. Die Rechte der Asylbewerber werden sehr stark gekürzt. So zum Beispiel die "assistance judiciaire", die nur noch vor Gericht gelten soll und nicht mehr vorher beim Interview, so dass viele Asylbewerber ihren Anwalt dann selbst für diese Phase werden bezahlen oder auf die Beihilfe eines Anwalts verzichten müssen.

Was wäre die Alternative zu dem Gesetzesentwurf?

Vielleicht mehr Personal beim Bureaus de Réfugiés oder im Familienministerium. Ich habe oft erlebt, dass Verfahren ein paar Jahre dauerten, obwohl die Asylbewerber eine solide Akte hatten. Die lange Dauer war nicht die Schuld der Leute. Die leben im Ungewissen.

Interview: Stefan Kunzmann

Zur Person

Der luxemburgische Rechtsanwalt François Moyse hat sich auf Ausländerrecht spezialisiert. Der 38-Jährige vertritt nicht nur AsylbewerberInnen vor Gericht, sondern ist auch als luxemburgischer Repräsentant Mitglied des europäischen Juristen-Netzwerkes "Odysseus".